

Soziale Sicherheit und Postwachstum

Werner Rätz

Für ÖkologInnen ist es eine ausgemachte Sache: Deutliche Einkommenssteigerungen in den kapitalistischen Ländern stehen „im Widerspruch zu sozialer und ökologischer Gerechtigkeit“, so Eckhard Stratmann-Mertens in einer Kritik der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen (bge). Und Barbara Kamradt und Jürgen Knirsch von Greenpeace schreiben: „Zur Disposition steht unser Lebensstil.“ Aber was ist das, unser „Lebensstil“? Und wer sind „wir“?

Vorgerechnet wird gerne, dass der ökologische Fußabdruck eines Menschen in Deutschland ungefähr das Zweieinhalbfache des zulässigen Durchschnitts beträgt und in Indien nur knapp ein Drittel. Das klingt ungerecht und wäre es auch, wenn diese Zahlen denn aussagten, was sie suggerieren. Stattdessen verbergen sie vieles, z. B. die konkrete Situation der konkreten Individuen. In den Industrieländern gibt es Arme und in der Dritten Welt Reiche, die höchst unterschiedliche Umweltbelastungen verursachen. Aber viel wichtiger noch ist, dass in allen Ländern der weitaus größte Anteil an Energie- und Ressourcenverbrauch nicht aus dem Handeln der einzelnen Menschen entsteht, sondern daraus, wie die gesellschaftlichen Produktions- und Verteilungsverhältnisse organisiert sind.

Wichtige Teile der Produktion schaffen keinerlei Gebrauchswert für die Individuen. Das gilt nicht nur für die Destruktivtechnologien wie Atom- und Gentechnik oder Rüstungsproduktion, sondern auch für alle Überproduktion (etwa ein Drittel der Lebensmittel in deutschen Supermärkten ist von vorne herein zum Wegwerfen bestimmt) und Produkte, die gar keinen Gebrauchswert haben, wie Gammelfleisch oder giftiges Kinderspielzeug. Noch gravierender ist, dass weit mehr als zwei Drittel allen Transports ausschließlich getätigt wird, um die Gewinne der Unternehmen zu erhöhen und nicht, um Waren zu den Menschen zu bringen. Im ökologischen Fußabdruck wird das allen Individuen gleichmäßig zugerechnet, obwohl nur die AnteilseignerInnen der Konzerne etwas davon haben. „Unser Lebensstil“ heißt also, einige Wenige verursachen riesige Umweltschäden und schieben allen die ökologische Verantwortung dafür zu. Tatsächlich geht es um den „globalen Norden“ im Sinne der Reichen und den „globalen Süden“ im Sinne der arm gemachten Sektoren der Welt.

Eine Orientierung an ökologischer Verantwortung und sozialer Gerechtigkeit führt zur identischen Schlussfolgerung: Beseitigt die Destruktivtechnologien und organisiert Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen so, dass sie die konkreten Bedürfnisse der Menschen befriedigen. Leider gibt es keinerlei Statistiken, die den Anteil an Energie- und Ressourcenverbrauch ausweisen, der in diesen völlig überflüssigen Wirtschaftsbereichen stattfindet. Aber es ist auch ohne genaue Daten leicht einsichtig, dass es sich um gigantische Größenordnungen handelt. Die Forderung nach einer *bedarfsorientierten Ökonomie* ist also ein erster zentraler Punkt auf dem Weg zu sozialer Sicherheit in einer Postwachstumsgesellschaft.

Aber sind es nicht gerade die Bedürfnisse der Individuen, die den Konsum anheizen und Energie- und Ressourcenverbrauch immer weiter steigern? Da will doch jedeR mindestens einmal jährlich nach Mallorca fliegen oder noch besser in die Karibik (und wir linken Alternativtouristen in noch weiter entfernte Winkel der Erde). Und auch bei vielen anderen Dingen will oder muss man zeigen, dass man dazugehört. Sind also die Bedürfnisse der Menschen nicht maßlos?

Es gibt empirische Belege dafür, dass sogenannte positionelle Güter in der Tat eine wichtige Rolle spielen. Vieles wird gekauft oder gemacht, weil andere es kaufen und machen. Aber es gibt ein ganz einfaches Gegenmittel. Eine jüngste umfassende Untersuchung britischer EpidemiologInnen belegt, dass das Glücksgefühl der Individuen abhängig ist von der wirtschaftlichen und rechtlichen

Gleichheit der Menschen in der Gesellschaft. Innerhalb des globalen Nordens ist das Leben nicht in den reicheren Ländern lebenswerter, sondern die Einkommensschere innerhalb eines Landes entscheidet über Lebenserwartung, Vertrauen und soziale Beziehungen, seelische und körperliche Gesundheit, schulische Leistungen, Gewalt usw. Das Rangeln um Macht und Einfluss, Konsum und Reichtum nimmt zu, je mehr sich Macht und Einfluss, Konsummöglichkeiten und Reichtum Einzelner vom Durchschnitt unterscheiden. Die Herstellung von weitgehender *materieller Gleichheit* würde einen wesentlichen Teil des Konsums unterbinden, der lediglich dem Prestige gilt, und wäre damit eine zweite Kernforderung auf dem Weg in eine Gesellschaft, die Stoff- und Energieverbrauch reduziert.

Das zentrale Instrument für einen solchen Schritt wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen. Es würde nicht nur Armut verhindern und gesellschaftliche Teilhabe sichern und wäre allein schon deshalb eine menschenrechtlich unverzichtbare Maßnahme. Je nach Ausgestaltung und Finanzierungsmodalitäten trüge es auch zur Reduzierung ökologisch schädlicher Abläufe bei. Zwar würde ein hohes, also tatsächlich finanzielle Umverteilung organisierendes Grundeinkommen seinen Begünstigten einen erhöhten Konsum ermöglichen. Das könnte auch nicht etwa mittels einer Finanzierung durch Ökosteuern kompensiert werden. Um nämlich eine große Umverteilung zu gewährleisten, müssten die Steuern ein hohes Aufkommen erbringen, dann aber haben sie keine ökologische Steuerungswirkung mehr.

Allerdings bedeutet Umverteilung ja, dass die Mittel woanders hergenommen werden. Das bedingungslose Grundeinkommen wäre eine Verschiebung von Geld aus dem gesellschaftlichen Investitions- in den Konsumfonds. Der Wachstumswirksamkeit in letzterem steht die Wachstumsminderung in ersterem gegenüber. Wenn man bedenkt, dass Investitionsentscheidungen im Kapitalismus ausschließlich zum Zweck des Wachstums fallen – aus Geld muss mehr Geld werden, sonst investiert niemand – dann ist absehbar, dass der Schrumpfung- den Wachstumseffekt deutlich überwiegen wird. Das wird nochmals dadurch verstärkt, dass Investitionsgelder erheblich rascher umschlagen als Konsumgelder. Während die zusätzlichen Lebensmittel oder Urlaubsausgaben der bge-Begünstigten zurück zu den Verkäufern fließen und dort in neue Produktion gesteckt werden, haben die FinanzinvestorInnen in der Regel schon mehrere Geschäfte mit ihrem Kapital getätigt.

Zwar ist die wachstumsmindernde Wirkung des bge umso größer, je höher es ist, aber dennoch ist nicht die Höhe der Haupteffekt. Vielmehr geht es darum, das bge nach und nach zu entmonetarisieren. All die Güter und Dienstleistungen, die den Menschen gesellschaftlich finanziert zur Verfügung stehen, brauchen sie nicht einzukaufen. Damit reduziert sich die notwendige Einkommenshöhe. Gesellschaftlich organisierte Infrastruktur wird ressourcen- und energieschonender errichtet als das Warenangebot auf dem Markt: Der öffentliche Nahverkehr ist ökologisch dem Privatauto weit überlegen. Der wichtigste Schritt zu sozialer Sicherheit in einer Postwachstumsökonomie (und auch schon auf dem Weg dahin) besteht also in der Kombination von Einkommen und Bedarfsorientierung durch *soziale Infrastruktur*.